

news

WEIL DIE PERSPEKTIVE
DER MENSCHEN ZÄHLT

CHANCENPLAN

BILDUNG: FLÜGELHEBEN

SEPTEMBER 2017

Bildung ist das wichtigste Zukunftsthema. Sie schafft Voraussetzungen, um das Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten und ist der Schlüssel, um die Herausforderungen am Arbeitsmarkt oder der Integration zu bewältigen. Sie ist der größte Chancenmotor unserer Gesellschaft und dient der Entfaltung und Selbstermächtigung des Menschen.

Der Bildungsstandort Österreich gerät zunehmend in Bedrängnis. Strukturelle Versäumnisse und das Fehlen klarer Entwicklungsstrategien für die Zukunft ergeben eine gefährliche Mischung. Bildungspolitik wird immer noch als Partei- und Machtpolitik begriffen, der Fokus gilt einzig dem Erhalt und Ausbau der eigenen Pfründe und Privilegien. NEOS wollen, dass die Schüler_innen und Pädagog_innen im Mittelpunkt stehen.

Wir bieten einen neuen Weg, der ein durchgängiges Bildungskonzept vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung beinhaltet. Wir bieten pragmatische Lösungen, die die Selbstermächtigung jedes Individuums zum Ziel hat.

Zukunft, Chancen & Plan

Lehrer_In wird zum wichtigsten Job der Republik

Momentan werden Lehrer_innen in der Ausübung ihres Berufes umfassend reglementiert und mitunter parteipolitisch beeinflusst. Wir wollen mehr Wertschätzung für die Rolle der Lehrperson. Sie sind „Bildungsexpert_innen der Praxis“, die eigenverantwortlich Entscheidungen treffen sollen und müssen. Im Zentrum einer gelingenden Schule stehen die Kinder und Jugendlichen, ein differenziertes Berufsverständnis der Pädagog_innen und mehr Freiheit und Verantwortung.

Das Lehramtsstudium soll dafür mit einem vielschichtigen, selektiven Aufnahmeverfahren ausgestattet werden. Dieses zielt verstärkt auf soziale Kompetenzen

ab. Um die bestmöglichen Expert_innen aus der Praxis zu gewinnen, bedarf es eines flexibleren Gehaltssystems, das sich an den branchenüblichen Gehaltsniveaus orientieren kann.

In Zusammenarbeit mit dem AMS sollen Wege eröffnet werden, die ermöglichen, dass man aus dem Lehrer_innenberuf besser als bisher in andere Berufe umsteigen kann. Berufliche Veränderung darf nicht als Scheitern verstanden werden und der Eintritt in den Lehrer_innenberuf nicht als Einbahnstraße. Das Lehrer_innendienstrecht ist zudem weder zeitgemäß noch funktional. NEOS stehen für die Einführung eines bundesweiten Rahmenkollektivvertrages für alle Mitarbeiter_innen (nicht nur Lehrer_innen) an den Schulen.

Wir fordern:

- Die Aufwertung des Berufsimages der Lehrer_innen und Stärkung des Professionsverständnisses.
- Eine Lehrer_innen-Recruiting-Offensive mit dem Motto: „Die Besten für den wichtigsten Beruf“.
- Die Förderung des Quereinstiegs von berufserfahrenen Akademiker_innen.
- Die Ermöglichung des Umstiegs für Lehrer_innen in andere Berufe.
- Die Unterstützung der Lehrer_innen mit Supportpersonal.
- Die Abschaffung des Lehrer_innendienstrechts und Einführung eines Rahmenkollektivvertrages.

Volle Aufmerksamkeit für die Kleinsten in der Elementarpädagogik und Volksschule

In keiner Altersstufe kann gute, aufmerksame Betreuung durch Pädagog_innen mehr bewirken als im Kleinkindalter. In diesem Alter wird die Basis für spätere schulische und berufliche Erfolge gelegt. Durch hohe Qualität im Kindergarten können wir sicherstellen, dass alle Kinder die Grundlagen für ein gelingendes Leben voller Chancen bekommen. Wie gut Kindergarten und andere elementarpädagogische Einrichtungen diese Verantwortung erfüllen, hängt wesentlich von der Ausbildung der Pädagog_innen und der Gruppengröße ab. Leider ist Österreich in beiden Aspekten im europäischen Vergleich ein Nachzügler.

Die Volksschulen entwickeln sich immer stärker zu Bildungsbaustellen. Es gibt dringenden Handlungsbedarf, das große Potenzial dieser Einrichtung zur Entfaltung zu bringen. Die Volksschule personell und finanziell zu stärken bedeutet, die Kinder zu stärken und ihnen durch positive Schulerfahrungen das Handwerkszeug für lebenslanges Lernen mit auf den Weg zu geben.

Wir fordern:

- Kleinere Gruppen und bessere Betreuung.
- Die Aufwertung des Berufes der Elementarpädagog_innen und die Erhöhung der Bezahlung.
- Bessere Ausbildung der Pädagog_innen.
- Ganztägig geöffnete Kindergärten im ganzen Land.
- Durchgängige und individuelle Förderkonzepte vom Kindergarten bis in die Pflichtschule.
- Bundesweit einheitliche und verpflichtende Qualitätsrahmen für alle elementarpädagogischen Einrichtungen.
- Die finanzielle und personelle Stärkung der Volksschule, insbesondere mehr Supportpersonal (Lerncoaches, Schulpsycholog_innen, Begabtenförderung, Deutschoffensive,...)

Volle Autonomie für eine mündige Schule

Wer mündige Menschen will, braucht eine mündige Schule. Wir verlangen die volle personelle, finanzielle und pädagogische Autonomie. Wir wollen den Schulleitungen sowie den Pädagog_innen die Freiheit und Verantwortung zur eigenen Umsetzung und Gestaltung geben. Die Politik soll sich auf verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen konzentrieren. Mittelfristig fordern wir ein mutiges und weitreichendes Autonomiemodell, das den Schulen auf freiwilliger Basis zugänglich gemacht wird.

Pädagogische Autonomie bedeutet, dass es entlang dem Motto „gemeinsames Ziel, vielfältige Wege“ einen einheitlichen Rahmen für alle Schulen gibt. Die Schulen haben die Möglichkeit, eigene pädagogische und didaktische Wege zu gehen und praxistaugliche Antworten für die jeweiligen Herausforderungen zu finden. Ziel ist die „Mittlere Reife“. Sie definiert, was Jugendliche mit 15 können sollen.

Finanzielle Autonomie bringt die freie Schulwahl ohne Schulgeld. Privatschulen erhalten die gleiche Finanzierung wie öffentliche, solange sie sich zur Gemeinnützigkeit verpflichten und kein Schulgeld verlangen. Jeder Schulstandort bekommt sein eigenes Budget in Form einer Pro-Kopf-Finanzierung. Wir fördern die chancengerechte gesellschaftliche Durchmischung in der Schule mit zusätzlichen finanziellen Mitteln („Chancenbonus“) und stärken periphere Schulstandorte.

Personelle Autonomie legt die Auswahl und Führung des Personals in die Verantwortung der Schulleitung. Diese ist als Führungskraft neu zu denken und wird

maßgeblich durch Mitsprache des Schulgemeinschaftsausschusses vor Ort auf Zeit bestellt. Die Anstellung der Pädagog_innen erfolgt direkt an der Schule bzw. der Trägerorganisation.

Wir fordern:

- Die Verbannung des Parteibuches aus der Schule.
- Die pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie der Schulen.
- Die Einführung der „Mittleren Reife“ als gemeinsames Ziel am Ende der Schulpflicht.
- Die Umstellung auf eine indexbasierte Pro-Kopf-Finanzierung der Schulstandorte.
- Ein neues, einfaches und umfassendes Schulgesetz für vollautonome Schulen geeignet ist.
- Die Umwandlung der Schulbehörde in eine Serviceagentur.
- Die sofortige Ermöglichung erster autonomer Pionierschulen.
- Den flächendeckenden Ausbau von Angeboten der verschränkten Form der Ganztagschule.

Chancen-Bonus für die Schwächsten und Begabten

Der Befund ist seit Jahren fast unverändert: Ein Viertel der Schüler_innen erreicht die Standards in Deutsch nicht oder nur teilweise. Besonders alarmierend ist, dass unter Jugendlichen mit gering gebildeten Eltern sogar 38% die Bildungsstandards nicht erreichen.

Als kurzfristige Maßnahme ist es daher notwendig, allen Schulstandorten finanzielle Mittel für diese Herausforderung zur Verfügung zu stellen. Die Höhe dieses zusätzlichen Budgets wird anhand des Bildungshintergrundes der Eltern der Schüler_innen berechnet. Dieses Geld steht den Schulen für maßgeschneiderte Konzepte zur Verfügung. Wir trauen den Expert_innen vor Ort zu, dass sie die besten Lösungen selbst finden. Die Schulen werden verpflichtet, die zusätzlichen Mittel bis zu einem gewissen Umfang für die Hochbegabtenförderung zu verwenden. Neben den besonderen Herausforderungen wie Sprachproblemen, Förder- und Integrationsbedarf widmen wir uns ebenso der Exzellenz und Hochbegabung.

Um den Chancen-Bonus zu bekommen, müssen Schulen zumindest in den letzten beiden Wochen der Ferien Förderkurse in den Hauptfächern anbieten. Zusätzlich gibt es für Schüler_innen, die der Unterrichtssprache Deutsch nicht

folgen können, verpflichtende Deutschkurse. Die Kosten dieser Kurse werden vom Bund übernommen. So können wir bisherige „Brennpunktschulen“ entlasten und mit weiteren finanziellen Mitteln ausstatten.

Wir fordern:

- Mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Profis und Betroffenen vor Ort.
- Einen Chancen-Bonus von 400 Mio Euro, für den sich Schulen direkt bewerben können. 10% müssen für die Hochbegabtenförderung zweckgewidmet werden.
- Die Öffnung der Schulen in den letzten zwei Ferienwochen für freiwillige Förderkurse.
- Verpflichtende Deutschkurse in den letzten zwei Ferienwochen für die Schüler_innen, die der Unterrichtssprache nicht folgen können.

Den Lehrplan fit für das 21. Jahrhundert machen

Die Schule soll unsere Kinder auf die Herausforderungen einer unüberschaubaren Welt vorbereiten. Sie sollen sich darin zurechtfinden können und handlungsfähig sein. Dafür muss Schule neu gedacht werden.

Bildung ist mehr als nur Wissen und Information. Sie dient der Entwicklung einer Haltung in der Auseinandersetzung mit der Welt und dem Erkennen, Entdecken und Entwickeln von persönlichen Stärken und Potentialen. Das aktuelle System berücksichtigt diesen Umstand fast gar nicht und ist stark defizitorientiert. Es fließt großer Energieaufwand darauf, die Schwächen auszubügeln. Die Stärken finden kaum Berücksichtigung. So erschaffen wir Generationen des Mittelmaßes.

Der Fächerkanon ist veraltet und der Lehrplan ist hoffnungslos überladen. Für die mündige Schule des 21. Jahrhunderts müssen wir die Lehrpläne entrümpeln und unsere Schulfächer neu denken. Zukunftsweisende Felder wie die Digitalisierung oder innovatives Denken sind nicht ausreichend abgebildet. Es braucht fächerübergreifende Projekte, die unterschiedliche Phänomene des Lebens untersuchen und dabei die klassischen Schulfächer verknüpfen. Finnland geht hier bereits mit gutem Beispiel voran.

NEOS wollen einen gesamtgesellschaftlichen Dialogprozess starten, um gemeinsam festlegen zu können, welche Kompetenzen Jugendliche mit 15 Jahren haben sollten und welche zeitgemäßen Fächer wir brauchen. In diesem breit angelegten Prozess binden wir Schüler_innen, Lehrer_innen, Eltern, Expert_innen und Ver-

treter_innen der Arbeitswelt, der Hochschulen und der Politik ein.

Wir fordern:

- Einen gesamtgesellschaftlichen Dialogprozess für eine mündige Schule des 21. Jahrhunderts.
- Die Entwicklung eines neuen Fächerkanons.
- Die Entrümpelung und Neugestaltung des Lehrplans, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können.
- Einen Mentalitätswandel: weg von der Defizitorientierung hin zur Potentialentfaltung.
- Einen ganzheitlichen Zugang. Die Schule berücksichtigt „Soft Skills“ und die Persönlichkeitsentwicklung.

Digitale Kompetenz für unsere Kinder

In unserer Gesellschaft hält die Digitalisierung auf allen Ebenen Einzug. Momentan hält das Bildungssystem mit den rapiden Entwicklungen jedoch nicht mit.

Wir begreifen die Digitalisierung als Chance, ohne ihre Risiken zu übersehen. Themen wie „Fake News“ oder Cybermobbing müssen als mögliche Gefahren ernstgenommen und thematisiert werden. Der kritische Umgang mit Software und Information ist ein wichtiges Rüstzeug für die Informationsgesellschaft. Es braucht sowohl die technischen, als auch die inhaltlichen Fähigkeiten, Medien zu nutzen. Die Anpassung der Ausstattung der Schulen ist für die Digitalisierung nur eine von vielen notwendigen Voraussetzungen. Die pädagogische Sinnhaftigkeit von innovativen Lernmethoden und das Vermitteln von redaktionellen Kompetenzen muss jederzeit im Vordergrund stehen. Es reicht nicht, Schulbücher einfach durch Tablets zu ersetzen. Es braucht ganzheitliche Konzepte für den Unterricht der Zukunft.

Wir fordern zusätzlich einen Fokus auf Medienkompetenz in diversen Testungen, Bildungsstandards sowie der Zentralmatura. Unsere Schüler_innen müssen lernen, sich eine sachkundige eigene Meinung aus der Flut an jederzeit abrufbaren Informationen zu bilden. Künftig sollen in Prüfungen moderne Konzepte wie „Open Book Tests“ oder internetfähige Geräte zum Einsatz kommen dürfen.

Wir fordern:

- Die Vermittlung der nötigen digitalen Kompetenz für Schüler_innen und Lehrende. Diese beinhaltet zum Beispiel Kenntnisse im IT-Bereich und ein Basiswissen im Programmieren.

- Einen freien Zugang (Stichwort Open Access) zu den Lehrinhalten. Damit wird das staatliche Bildungsangebot einem viel breiteren Publikum zugänglich gemacht. Bildungseinrichtungen sollen entsprechende Inhalte kostenfrei online stellen, um den Zugang zu Wissen allen interessierten Bürger_innen zu ermöglichen.
- Die Aufnahme der Medienkompetenz in diverse Testungen und die Zentralmatura.
- Lehrmittel auf Höhe der Zeit. Vernetzung der Lehrer_innen.

Aufwertung der Lehre

Die Lehre als praxisnahe, kombinierte Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule ermöglicht vielen Jugendlichen einen erfolgreichen Eintritt ins Berufsleben. Nach wie vor ist ein Studium höher angesehen als ein Lehrberuf. NEOS sehen die Lehre als hochwertige Berufsausbildung für junge Menschen und als Kernelement für den Wirtschaftsstandort Österreich. Um diesen Status zu erhalten, sind jedoch regelmäßige Adaptierungen notwendig. Es braucht eine kontinuierliche Modernisierung und Weiterentwicklung, die dafür sorgt, dass die Lehre für junge Menschen als attraktiver Karrierepfad gesehen wird und Unternehmer_innen Lehrlinge ausbilden.

Die Lehre soll – noch besser als bisher – „anschlussfähig“ sein. Es muss möglich sein, in einen anderen Beruf umzusteigen, ein Studium zu beginnen oder unmittelbar im erlernten Beruf tätig zu werden. Es soll ein Modulsystem für alle Lehrberufe umfassend eingeführt werden, das den Umstieg in andere Berufe erleichtert, da nur fehlende Module absolviert werden müssen und keine komplette Ausbildung.

In Zukunft gibt es in jedem Lehrberuf die Möglichkeit, diesen ohne Matura oder mit Matura abzuschließen. Als Vorbild für dieses neue Modell dienen die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS), in denen es stets eine dreijährige Schule ohne Matura und eine fünfjährige Schule mit Matura gibt. Wer Lehrabschlussprüfung, Matura und Meisterprüfung erfolgreich absolviert hat, soll außerdem einen Bachelortitel verliehen bekommen, vorausgesetzt der Umfang der Ausbildung und der anrechenbaren Berufspraxis erlauben dies nach dem Bologna System. Anschließend ist der Weg zu einem Master geöffnet. Außerdem treten wir für die finanzielle Gleichstellung von beruflicher Höherbildung mit akademischer Bildung ein. Wie die Ausbildung von Ärzt_innen und Jurist_innen sollen auch die Meisterkurse aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Wir fordern:

- Die Aufwertung und Neugestaltung der Lehre. Die Ausbildung aller Lehrberufe erfolgt in Modulen, die evaluiert werden.
- Alle Lehrberufe können mit Matura abgeschlossen werden.
- Die Aufwertung des Meisters mit weiterführenden Bildungsmöglichkeiten wie zum Beispiel ein Masterstudium.
- Die Finanzierung der Meisterkurse durch die öffentliche Hand.
- Den Abbau der Bürokratie. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für freiwillige Ausbildungsverbände werden vereinfacht.

Qualitätsoffensive in den Hochschulen

Österreichs Universitäten stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen eine ständig steigende Anzahl an Studierenden aufnehmen, obwohl die finanziellen Mittel nicht im selben Ausmaß ansteigen. Das zieht natürlich Probleme in der Organisation, Lehre und Forschung nach sich. Die Studienbedingungen und die Betreuung der Studierenden werden immer mangelhafter. Wir können uns nicht mehr mit Notmaßnahmen, wie immer mehr Zugangsbeschränkungen, zufriedengeben. Es braucht eine ganzheitliche Lösung, die alle Bereiche umfasst.

Als Beitrag der Studierenden sehen wir das Modell von nachgelagerten Studiengebühren. Vorfinanziert durch den Staat, werden sie ab einer gewissen Verdienstsomme über einen längeren Zeitraum zurückbezahlt.

Eine kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung soll den Universitäten Planungssicherheit geben und Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Das wird insgesamt den Hochschulstandort Österreich noch leistungsfähiger und attraktiver machen. Wir arbeiten an Eliteunis für alle.

Wir fordern:

- Die Verbesserung der Studienbedingungen und Qualität durch bessere Uni-Finanzierung.
- Faire Zugangsbeschränkungen und Studienplatzfinanzierung.
- Einen deutlichen Ausbau der Studienbeihilfe sowie, als Leistungsanreiz, auch einen Ausbau von Leistungsstipendien. Das schafft deutlich mehr Fairness und Gerechtigkeit als der vielbeschworene freie Hochschulzugang.
- Nachgelagerte Studiengebühren. Diese sorgen für Verantwortung und Gerechtigkeit.

LELA 5000 - Lebenslanges Flügelheben

Die Situation am Arbeitsmarkt ändert sich in immer kürzer werdenden Abständen. Eine Erstausbildung, die für das gesamte Erwerbsleben dient, ist heutzutage in den seltensten Fällen ausreichend. Lebenslanges Weiterbilden dient nicht nur ökonomischen Zielen, sondern verbessert auch die persönliche Zufriedenheit, Gesundheit und soziale Integration.

Der Staat legt leider ein reaktives Verhalten am Arbeitsmarkt an den Tag. Ein Großteil des für Aus- und Weiterbildungsgeld veranschlagten Budgets kommt erst zu tragen, wenn man arbeitslos ist. Das derzeitige System gibt niedrigqualifizierten Personen nur unzureichende Impulse zur Weiterbildung. Hinzu kommt ein Förderdschungel, den niemand mehr überblickt.

Es ist daher notwendig, das Thema Erwachsenenbildung aus dem Abseits des politischen Diskurses in den Fokus zu rücken. NEOS haben mit dem Chancen-Konto LELA 5000 bereits ein umfassendes Konzept präsentiert.

Wir fordern:

- Mehr Fokus auf Erwachsenenbildung. Diese muss stärker politisch und öffentlich wahrgenommen werden.
- Antizipation statt Reaktion. Weiterbildung soll bereits im Berufsleben massiv verstärkt werden und nicht erst in der Arbeitslosigkeit. Dafür gibt es Chancen-Kontos für alle.
- Mehr Transparenz und Effizienz bei Förderungen.
- Mehr Chancengerechtigkeit durch höhere Investitionen im Bereich der Weiterbildung für Erwerbstätige mit niedrigen Bildungsabschlüssen.